

BASis Info 2/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

04.03.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

9 Minuten Redezeit hatte zu Guttenberg vergangene Woche bei der Aktuellen Stunde zu seiner Plagiats-Affäre im Bundestag, gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten setzte er sich nach nur 3 Minuten zurück auf die Regierungsbank. Mit versteinerter Miene und verschränkten Armen. Offenbar wollte er nur weg, aber erst ein paar Tage später hat er die Konsequenzen gezogen. Zu Guttenberg konnte die hohen Maßstäbe, die er selbst immer an die Politik gerichtet hatte schon lange nicht mehr erfüllen.

Anfang dieser Woche bekam zu Guttenberg Kritik von wirklich allen Seiten: Der Bundestag und die Uni Bayreuth prüften den Verdacht der Täuschung. Sein Doktorvater kritisierte ihn ebenso wie immer mehr Unions-Politiker wie Bildungsministerin Schavan oder Bundestagspräsident Lammert. Tausende Doktoranten forderten in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel zu Guttenbergs Rücktritt - auch Doktoranten der Uni Duisburg-Essen unterschrieben diesen

Brief, auch von einem Kulturwissenschaftler der Uni hatte Guttenberg abgeschrieben. Die Akademiker sahen den guten Ruf des Bildungsstandortes Deutschland gefährdet.

Und man sollte auch nicht unterschlagen, dass die Kritik an der politischen Arbeit von Herrn zu Guttenberg in den letzten Tagen massiv zugenommen hatte: Finanzminister Schäuble hatte die Sparvorgaben für das Verteidigungsressort lockern müssen, weil zu Guttenberg die Sparziele nicht einhalten konnte und am Tag seines Rücktrittes war bekannt geworden wie schlecht Guttenbergs Bundeswehrreform vorbereitet war: Der Bundeswehr fehlen schlicht die Leute, für den Einberufungstermin April entsprechen die bisherige Zahl der Freiwilligen nur zehn Prozent des Solls. Kleine Randnotiz der Geschichte: Ab März soll deshalb ausgerechnet mit einer großen Werbekampagne in zu Guttenbergs Hofblatt BILD-Zeitung für die Bundeswehr getrommelt werden.

In seiner Abschiedserklärung gab zu Guttenberg allen anderen Medien eine kräftige

Mitschuld an seinem Rücktritt sowie er schon mehrfach anderen die Schuld an seinen Versäumnissen gegeben hatte. Von zu Guttenberg selbst gab es bis zuletzt kein Schuldeingeständnis.

Fehler hat er zugegeben, aber immer nur so viel, wie ohnehin bekannt waren und eines ist doch wirklich klar: Wer so große Teile seiner Arbeit einfach abschreibt und sogar für die Einleitung der Arbeit aus der eigenen Tageszeitung einen Text klaut, der macht keine Fehler. Das ist Diebstahl von geistigem Eigentum und Betrug. Immerhin hat es am Ende für den Rücktritt gereicht, Schuld haben aber weiter die Anderen.

Volker Pispers hat zu Guttenberg treffend kommentiert: „Nur wer lügen kann ohne rot zu werden, dass ist ein echter Schwarzer.“

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Prävention im Gesundheitsbereich

Beim Zukunftsthema Prävention legt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Hände in den Schoß. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die SPD aus der Opposition heraus das Thema jetzt vorantreibt und deshalb habe ich im Februar zusammen mit meiner Abgeordnetenkollegin Angelika Graf ein Fachgespräch mit Präventionsexperten im Deutschen Bundestag organisiert. Das Ergebnis: Ein Präventionspapier mit dem realistischen Sachstand und einer Liste von Forderungen an die Präventionspolitik.

Prävention heißt für uns: Die Gesundheit der Menschen langfristig zu erhalten, lebenslang zu fördern - und ganz nebenbei: dadurch auch Geld zu sparen. Das Thema ist für uns Sozialdemokraten nicht neu. Die SPD hat bereits 2004 die gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt, die hinter dem Präventionsgedanken steckt und formulierte in Zusammenarbeit mit den Grünen den ersten Entwurf für ein Präventionsgesetz. Dieses Gesetz scheiterte allerdings 2005 an der CDU-Mehrheit im Bundesrat. Ein zweiter Versuch für ein Präventionsgesetz folgte im Jahr 2007 unter der Großen Koalition, wurde aber wegen der Blockade der Union erneut vertagt.

Im Jahr 2011 fristet das Thema Prävention und die dazu

gehörige betriebliche Gesundheitsförderung unter der schwarz-gelben Bundesregierung ein Schattendasein: Diese Themen werden nur stichpunktartig im Koalitionsvertrag erwähnt und mit ihren aktuellen Ankündigungen zu Prävention ist die Bundesregierung keinen Schritt nach vorne gekommen. Beispiel: Johannes Singhammer (CSU) etwa fordert eine TV-Kampagne nach Beispiel des „7. Sinn“. Das ist Politik aus den 80er Jahren. Wir waren schon mal weiter. Rückschritt statt Fortschritt kann kein politisches Ziel sein! Die wesentlichen Schwachstellen der Präventionsarbeit wie fehlende Nachhaltigkeit von Projekten oder mangelnde Lebensweltorientierung bleiben unbeachtet und die Regierung entfernt sich immer mehr vom eigentlichen Problem: die gesellschaftlichen Ursachen von Gesundheit und Krankheit stärker ins Blickfeld zu rücken.

Die von der Koalition betonte Eigenverantwortung des Patienten heißt im Klartext: Die Menschen sind selbst schuld, wenn sie den Aufforderungen zu einem gesünderen Lebenswandel nicht gerecht werden und ihre Gesundheit leidet. Dass viele Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen gar nicht in der Lage sind, den Ratschlägen des Gesundheitsministers zu folgen, wird ausgeblendet.

Nicht aber von der SPD-Bundestagsfraktion. Wir sehen uns auch in der Opposition weiter in der Verantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung politisch wie gesamtgesellschaftlich voran zu bringen. Dazu gilt es, an die Stärken der bestehenden Strukturen anzuknüpfen und zur Beseitigung der Schwachstellen einen gemeinsamen, nationalen gesetzlichen wie strukturellen Rahmen zu schaffen. Die sozial bedingten Ungleichheiten bei den Gesundheitschancen können nur erfolgreich bekämpft werden, wenn sektorale Eingrenzung, Beschränkung und Egoismen überwunden werden.

Deshalb will ich mit meiner Kollegin Angelika Graf unseren Forderungskatalog zur Prävention jetzt in den parlamentarischen Prozess einbringen. Unsere Forderungen reichen von einem gesetzlichen Gesamtrahmen für den Präventionsbereich, über eine dauerhafte Finanzierungslösung, bis hin zu einer attraktiven und einfachen Gestaltung der betrieblichen Gesundheitsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen. Verstetigung, Verhältnisorientierung, Effizienz und mit Blick auf sozial-schwache Menschen vor allem auch die Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit sind die Schlagworte der SPD-Präventionsstrategie.



Mein Praxistag beim Bürgerverein Neudorf

Am vergangenen Mittwoch habe ich beim Stammtisch des Bürgervereins Neudorf zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform referiert und mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Im Sommer werde ich - wie im letzten Jahr - wieder Praktika in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen machen, beim Bürgerverein habe ich wieder viele gute Anregungen mit nach Berlin genommen.

„Praxistage“ haben verschiedene SPD-Abgeordnete in der vergangenen Woche gemacht und sich vor Ort über den Alltag der Menschen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen informiert. Dieser direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist uns als SPD sehr wichtig und unsere Erkenntnisse werden wir direkt in die Weiterentwicklung unseres Modells der Bürgerversicherung einfließen lassen.

Besuch im FrauenGesundheitsZentrum Duisburg e.V.

Am 2. März war ich Gast im FrauenGesundheitsZentrum Duisburg in Mitte. Seit 1988 bietet das FrauenGesundheitsZentrum Duisburg ehrenamtlich (und einmalig in Duisburg) für Frauen – unabhängig von Alter, Nationalität und Religion Informationen in den Bereich Medizin, Naturheilkunde und Psychotherapie in Einzel oder Gruppenberatungen an. Frau Marion Kazmirek (links im Bild) leitet das Zentrum und berichtete mir von ihrer Arbeit.



Besuch im Jugendamt

Als Duisburger Bundestagsabgeordnete im Gesundheitsausschuss und vor allem mit dem Schwerpunkt „Kinder-Jugendgesundheit“ ist mir der Austausch mit dem Jugendamt in Duisburg sehr wichtig. Deshalb habe ich mich mit dem Jugendamtsleiter Thomas Krützberg zum Gespräch über aktuelle politische Themen getroffen.

Auf der Tagesordnung stand das Kinderschutzgesetz, dass ich auch in der Kinderkommission des Bundestages parlamentarisch begleite. Wir sprachen zudem über die Situation beim Projekt RISKID und über eine „Duisburger Impulse“-Veranstaltung zur Kinder- und Jugendgesundheit in diesem Jahr.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++09.03.: Bericht aus Berlin bei den DVG-Pensionären im Restaurant der Rhein-Ruhr-Halle+++

+++10.03.: Bericht aus Berlin bei IG Metall-Mitte im AWO Seniorenzentrum auf der Karl-Jarres-Straße+++

+++14.03.-18.03.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++21.03.-25.03.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++29.03: Bericht aus Berlin bei der AG 60plus der SPD-

Wanheim+++

+++29.03.:Parteitag der Duisburger SPD in der Rheinhausenhalle+++

+++Weitere Informationen und Termine unter www.baerbelbas.de+++



Hartz-IV-Kompromiss ist da, aber wir kämpfen weiter

Minus 8 Grad waren es am Mittwochmorgen der vergangenen Woche als ich mit vielen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion vor dem Kanzleramt gegen den Missbrauch von Leiharbeit beim Aktionstag „Arbeit – sicher und fair“ demonstriert habe. Bei den Verhandlungen zur Hartz IV-Reform haben CDU/CSU und FDP leider eine Einigung zum gleichen Lohn für gleiche Arbeit blockiert, ich habe aber trotzdem für den Kompromiss zur Hartz-IV-Reform gestimmt.

Dank der SPD profitieren jetzt 2,5 Millionen Kinder vom Bildungs- und Teilhabepaket mit



SPD und DGB: Zusammenstehen gegen soziale Kälte.

Zuschüssen für Freizeitaktivitäten, zum Schul-Mittagessen oder Nachhilfestunden. Bundesweit werden 3000 Schulsozialarbeiterstellen eingerichtet und wir haben Mindestlöhne in der Leiharbeit, im Wach- und Sicherheitsgewerbe und

in der Weiterbildungsbranche durchgesetzt. Das ist ein Schritt nach vorne im Kampf für faire Löhne, aber das reicht uns nicht. Wir bleiben dran im Kampf gegen den Missbrauch von Leiharbeit.

Leider hat Schwarz-Gelb bei der Hartz IV-Reform auch eine transparente und realitätsgerechte Ermittlung der Regelbedarfe blockiert. Deshalb habe ich meine verfassungsrechtlichen Bedenken zu den Regelbedarfen durch eine Persönliche Erklärung nach § 31 GO-BT ausgedrückt. Diese Erklärung können Sie auf www.baerbelbas.de nachlesen.

Neues aus meinem Tagebuch

Mein Lieblingszitat in der Plagiatsaffäre kam von Karl Lauterbach: „Ich kann nicht darum bitten, dass mir der Dokortitel wieder abgenommen wird. Das ist so ähnlich wie ein Bankräuber, der, um der Strafe zu entgehen, die Bank bittet, das Geld wieder zurückzunehmen.“

Mitte Februar habe ich meine erste Dienstreise als MdB nach Guatemala und El Salvador gemacht. Urlaub war das nicht, aber vor allem die Eindrücke von den Deutschen Entwicklungsprojekten und die soziale Lage der Kinder haben mich sehr beeindruckt. Das Reiseprogramm steht auf www.baerbelbas.de.

Was Schönes zum Schluss: Die SPD-Bundestagsfraktion hat vergangene Woche im Bundestag alte SPD-Wahlplakate für einen guten Zweck versteigert. Ich habe ein schönes Schnäppchen gemacht, zum Ärger meines Kollegen Rüdiger Veit: „Nur 35 Euro? Schade, hab ich was verpasst.“



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de